

WETTBEWERB

Heiße Luft in Lissabon



Nein, das ist nicht Rudi. Es ist Wim Kok, den Jean-Claude Juncker beim EU-Rats-Treffen in Brüssel Anfang November so herzlich begrüßte. (Foto: Tom Wagner/sip)

Die EU will bis zum Jahr 2010 zur stärksten Wirtschaftsmacht der Welt werden. Dass daraus wohl nichts wird, zeigt eine Zwischenbilanz. Kritiker verlangen eine öffentliche Debatte.

Wer den Namen Lissabon hört, wird vor allem an Urlaub, Europameisterschaft und Benfica denken. Den wenigsten aber dürfte die Lissabon-Agenda der Europäischen Union in den Sinn kommen. Dabei ist diese aktueller denn je. Zum "wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt" will die EU bis zum Jahr 2010 werden. Das haben Europas Staats- und Regierungschefs vor vier Jahren in der portugiesischen Hauptstadt festgelegt. Mit Strukturreformen in der Forschungs- und Bildungspolitik, mit einer aktiven Beschäftigungspolitik und einer weiteren Deregulierung des Binnenmarktes soll Europa dieses ehrgeizige Ziel erreichen. Die Euphorie war damals groß: Luxemburgs Wirtschaft verzeichnete einen Boom von sagenhaften acht Prozent, europäische Experten aus Politik und Wirtschaft blickten angesichts von New Economy und beflügelter Konjunktur optimistisch in die Zukunft.

Inzwischen ist bei den meisten Beteiligten längst Ernüchterung eingekehrt. "Die Gesamtpformance der europäischen Wirtschaft (...) ist enttäuschend", bemängelt der Anfang November erschienene Kok-Bericht. Darin hat ein 13-köpfiges Expertenteam um den niederländischen Expremier Wim Kok - unter ihnen auch SES-Global-Chef Romain Bausch aus Luxemburg - die bisherigen Schritte im Lissabon-Prozess analysiert.

Die Zwischenbilanz fällt miserabel aus: "Die Entwicklungen der letzten vier Jahre waren der Realisierung der Ziele

von Lissabon nicht gerade förderlich", steht in dem 60-seitigen Papier. Unmittelbar nach Unterzeichnung der Ziele im Jahr 2000 platzte die New-Economy-Blase, ein Jahr darauf stürzten die Türme des World Trade Center ein, nach den Terroranschlägen verdüsterte sich weltweit das Wirtschaftsklima. Während aber in Asien und in den Vereinigten Staaten die Konjunktur wieder an Fahrt gewonnen hat, stottert der europäische Wirtschaftsmotor weiter vor sich hin. Und das liegt laut Bericht zu einem großen Teil an der Trägheit der Lissabon-Akteure.

Nationale Egoismen

Zu viele Mitgliedstaaten kommen den Verpflichtungen, die sie im Rat eingegangen sind, "nicht innerhalb der vereinbarten Fristen nach", kritisiert das Autorenteam. Eine Kritik, die auch Robert Goebbels (LSAP) teilt. "Nationale Egoismen" nennt der Europaabgeordnete den Grund für die Blockadehaltungen. Dass verschiedene Länder die Ziele der Agenda oft aus Eigeninteresse bremsen, zeigt nicht zuletzt die Reaktion von Deutschland, Italien und Luxemburg auf einen der wenigen konkreten Vorschläge des Berichtes: Sie lehnten ein Ranking der EU-Mitglieder, das eine Art Erfüllungsdruck auf chronische Nachzügler ausüben soll, kurzerhand ab. Kein Wunder: Alle drei Länder sind in Sachen Umsetzung europäischer Richtlinien regelmäßig Schlusslichter. Beim eEurope-Aktionsprogramm etwa, ein wichtiger Baustein der europäischen Wettbewerbsstrategie, belegt das Großher-

zogtum trotz verstärkter Bemühungen nach wie vor den letzten Platz.

Ausgerechnet Luxemburg wird aber während der kommenden Präsidentschaft die Aufgabe zuteil, den Lissabon-Prozess neu zu beleben.* Im März 2005 soll der offizielle Zwischenbericht zum Lissabon-Prozess erscheinen - spätestens dann sind handfeste Lösungsvorschläge gefragt. Wie diese aussehen können und welchen Beitrag Luxemburg zur Debatte zu leisten hat, ist derzeit noch unklar. "Es gibt Parlamentarier, die wissen bis heute nicht, was es überhaupt mit Lissabon auf sich hat", spöttelt Goebbels skeptisch. Immerhin: Der Wirtschaftsausschuss der Chamber plant für Dezember eine Sitzung zu dem Thema.

Doch während manche PolitikerInnen hinter den Kulissen in letzter Minute Aufklärung erhalten - eine öffentliche Grundsatzdebatte über die Agenda hat es in den vier Jahren kaum gegeben, weder in Luxemburg noch in den meisten anderen EU-Ländern. Der Luxemburger Wirtschafts- und Sozialrat, in dem Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertreter gemeinsam die Zukunft des Landes beraten, hat sich in seinem Entwicklungsbericht zwar zu Lissabon geäußert, grundsätzliche Überlegungen zur Ausrichtung der Agenda fehlen aber.

Nun fallen die Vorstellungen darüber, welche der fünf großen Ziele** vorrangig zu behandeln sind und wie ihre

Ausgestaltung konkret auszu- sehen hat, je nach Mitglieds- land ohnehin unterschiedlich aus und dürften noch für ein- igen Streit sorgen. Umwelt- und Verbraucherschutzstan- dards stehen bei der rot-grünen Regierung in Deutschland etwas höher im Kurs, andere Länder dagegen wie EU-Neu- ling Polen machen sich für ei- ne Lockerung bestimmter Umweltauflagen stark. Spani- en blockiert seit Jahren eine gemeinschaftliche Ökosteuer. Bei der so genannten Dienst- leistungs-Richtlinie (siehe ne- benstehenden Text), wesent- licher Bestandteil der geplan- ten Deregulierung des Bin- nenmarktes, formiert sich Wi- derstand über Ländergrenzen hinweg und quer durch die Parteienlandschaften.

Weil in arbeitsmarkt-, sozi- al- und wirtschaftspolitischen Belangen das Prinzip der Ein- stimmigkeit gilt, ist eine baldi- ge Einigung in so zentralen Fragen wie: Wie kann die Be- schäftigungsquote gesteigert werden?, Wie soll ein höherer Produktivitätszuwachs er- reicht und wie kann dabei noch die Umwelt geschont werden? nicht in Sicht. "Das ist der Grund, warum die Lis- sabon-Agenda und auch der Kok-Bericht ziemlich im Allge- meinen bleiben", sagt Ben Fayot (LSAP). Von dem Vor- schlag der Experten, den Eu- ropäischen Rat auf seiner Frühjahrstagung im März 2005 damit zu betrauen, den Prozess wieder zu beleben, hält der sozialistische Abge- ordnete und Europa-Experte nicht viel: "Da liegt manches

im Argen". Viele Beschlüsse, so Fayot gegenüber der woxx, die der Europäische Rat in der Vergangenheit "von oben nach unten" diktiert habe, würden in der Realität kaum Wirkungen zeigen. Fayot plä- diert daher für den umgekehr- ten Dialog: eine breite natio- nale Debatte auf parlamenta- rischer Ebene.

Unterstützung findet er bei den Europäischen Grünen. Deren luxemburgischer Ver- treter Claude Turmes kriti- siert sowohl Kok als auch die Lissabon-Agenda dafür, "die Verteilung des Reichtums in Europa auszublenden". Statt ArbeitnehmerInnen an den Produktivitätsgewinnen stär- ker teilhaben zu lassen, seien diese in den vergange- nen Jahren vor allem an das Kapital gegangen. Diese Schieflage gelte es, in den nächsten Monaten verstärkt zu thematisieren.

Fünf vor Zwölf

Die "Beseitigung der Ar- mut" nennt der Kok-Bericht zwar als ein wichtiges Teilziel. Aber das "Programm zur so- zialen Integration" aus dem Jahr 2001, auf das wortkarg verwiesen wird, wimmelt von Worthülsen. Die "Beteiligung der verschiedenen Akteure" will es fördern, "deren Hand- lungskompetenzen zur Be- kämpfung von Armut und so- zialer Ausgrenzung wirkungs- voll aufbauen" - und dies mit- tels der "Methode der offenen Koordination" (Mok). Offene Koordination meint, dass die Mitgliedstaaten jeweils eigene Aktionspläne entwickeln, da- bei aber wechselseitig aus den Erfahrungen der anderen lernen und möglichst einheit- liche Indikatoren für die Über- prüfung der erzielten Ergeb- nisse einsetzen sollen. Aber nicht nur dass, wie Robert Goebbels schimpft, "kein Schwein" die Prozedur ver-

Luxemburg übernimmt

Am 1. Januar 2005 übernimmt Luxemburg den Vorsitz des Europäischen Rates von den Niederlanden. Vier große Themen stehen auf der Tagesordnung: die Lissabon-Agenda, die Reform des Stabilitätspaktes, die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei, die Finanz- planung der erweiterten EU von 2007 bis 2013. Bei Letzterer stehen die Zeichen schon auf Streit: In einem Brief an Kommissionspräsident Romano Prodi hatten die sechs Net- tozahler Deutschland, Frankreich, Großbritannien, die Niederlande und Österreich be- reits Ende vergangenen Jahres gefordert, die EU-Ausgaben auf ein Prozent des europäi- schen Bruttoinlandproduktes (BIP) zu begrenzen. Luxemburgs Position ist nicht ganz einfach, denn bisher galt das reichste Land der EU als Netto-Empfänger. Premier Juncker befürwortet gleichwohl eine Anhebung des EU-Haushaltes. Er signalisierte im Frühjahr diesen Jahres aber, dass Luxemburg bereit sei, zugunsten der Neu-Mitglieder auf einen Teil der EU-Gelder zu verzichten.

Die logistischen Vorbereitungen (Unterbringung, Transport, Catering, u.ä.) für die Prä- sidentschaft befinden sich nach Angaben des zuständigem Koordinators Jean-Jacques Welfring, Protokollchef im Außenministerium, "in der Hochphase". Mehr als zehn Mitar- beiterInnen sind allein im Außenministerium mit der Organisation der über 200 Sitzun- gen befasst, die zwischen Januar und Juli 2005 in Luxemburg stattfinden werden. Ins- gesamt rund 200 temporäre Arbeitskräfte unterstützen die Regierungsbehörden. Weite- re Einstellungen sind laut Welfring geplant. Für die Vorbereitungen stehen rund 60 Mil- lionen Euro zur Verfügung.

Von Personalengpässen oder Planungsproblemen will Welfring indes nichts wissen. Einziges Zugeständnis: Die durch die neuen EU-Mitglieder gestiegene Teilnehmerzahl stelle eine "große Herausforderung" für das kleine Land dar. Während der Präsident- schaft gelten verschärfte Sicherheitsbestimmungen. Der Internetauftritt der luxemburgi- schen Präsidentschaft, www.eu2005.lu, wird ab Ende Dezember ans Netz gehen. Ende Juni ist der Spuk wieder vorbei - das Staffelholz wird an Großbritannien übergeben. Nach 2007 greift dann ein neuer Modus, bei dem auch die neuen EU-Mitgliedstaaten zum Zuge kommen.

steht - der weitaus größere Haken: Die Mok ist nicht bindend, ihr Erfolg hängt somit vom politischen Willen der Akteure ab. Auch hier gibt es deshalb den altbekannten Trödel-Effekt: So ist etwa in Luxemburg trotz Nationalem Beschäftigungsplan mit knapp über 50 Prozent die Frauenerwerbsquote immer noch vergleichsweise gering. In Frankreich liegt sie bei über 60. Bei den Erwerbsfähigen zwischen 55 und 64 Jahren gehen hier zu Lande lediglich rund 29 Prozent einer bezahlten Arbeit nach - in den Niederlanden sind es über 40. Der deutsche Aktionsplan gegen Armut und Ausgrenzung von 2001 verwies lediglich auf den unter NGOs sehr umstrittenen Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, auf eigene nationale Zielvorgaben verzichtete er weitgehend.

Noch ein anderes Beispiel verdeutlicht, wie dringlich eine öffentliche Diskussion über die Prioritäten des Lissabon-Prozesses gerade für UmweltfreundInnen und Verteidiger des gegenwärtigen Sozialmodells ist: Die Kok-Autoren plädieren für eine "gut durchdachte Umweltpolitik" und ressourcenschonende Technologien - entlarvend ist aber ihre Begründung: Eine derartige Politik biete "Chancen für Innovation", schaffe "neue Märkte" und verbessere "die Wettbewerbsfähigkeit durch höhere Ressourceneffizienz und neue Investitionsmöglichkeiten", heißt es in dem 60-seitigen Papier. Der Dachverband für Umwelt- und Ressourcenschutz Natura asbl warnt die politischen Akteure davor, Umweltschutz "nur als einen wirtschaftlichen Vorteil zu sehen, sondern auch als eine "unersetzliche Notwendigkeit für die Bewahrung unserer Lebensqualität".

Am 24. und 25. November tagt der europäische Wettbewerbsrat und wird über die Dienstleistungs-Direktive beraten, im Frühjahr kommt der Europäische Rat zusammen - AnhängerInnen eines sozialen Europas, ob aus Politik oder Zivilgesellschaft, müssen sich also beeilen, wenn sie die Richtung des Lissabon-Prozesses noch mitbestimmen wollen.

Ines Kurschat

** siehe auch "Le Luxembourg aux commandes: expérience, détermination et abnégation. La Présidence luxembourgeoise de l'Union européenne du premier semestre 2005" von Mario Hirsch. Die Studie soll im Laufe der Woche unter www.notre-europe.asso.fr abrufbar sein.*

*** Verwirklichung der Wissensgesellschaft, Vollendung des Binnenmarktes, Herbeiführung eines günstigeren Wirtschaftsklimas, Schaffung eines flexiblen integrativen Arbeitsmarktes sowie Berücksichtigung von Umweltressourcen und Nachhaltigkeitskriterien*

BINNENMARKT

Der Bolkestein-Hammer



Ab in den Papierkorb! Déi Lénk erinnerte Jean-Claude Juncker bei einer Protestaktion vor dem Staatsministerium an seine Aussage über die Bolkestein-Direktive. (Fotos: Guy W. Stoos)

Die geplante Deregulierung des Dienstleistungsbinnenmarktes erhitzt die Gemüter. Das Lager derjenigen, die ihre Aussetzung fordern, wächst.

(ik) - Dass in Luxemburg über politische Vorhaben heftig und über Monate diskutiert wird, kommt nicht oft vor. Doch es gibt ein Thema, das offensichtlich alle - Gewerkschaften, Berufskammern, NGOs und auch einige PolitikerInnen - bis aufs Äußerste reizt.

"Das ist ein ganz dreister Vorschlag", schimpft der grüne Europaabgeordnete Claude Turmes. Déi Lénk versenkt "das Schreckgespenst" kurzerhand in einen symbolischen Papierkorb. Vor einer "Kommerzialisierung" und dem "Ausverkauf des luxemburgischen Gesundheitssystems", warnt der OGBL. Die Union der Verbraucherschützer ist "skeptisch" und stellt "die Berechtigung dieses Vorschlags in Frage". Die Beamtengewerkschaft CGFB spricht gar von der "Frankenstein-Direktive".

Im Kreuzfeuer der Kritik: die im Januar von der EU-Kommission vorgeschlagene "Dienstleistungs-Richtlinie". Geht es nach ihrem Autor, den scheidenden niederländischen EU-Binnenmarktkommissar Frits Bolkestein, dient die Richtlinie vor allem der Verbesserung des Wettbewerbes und ist zugleich zentraler Baustein der Lissabon-Agenda. Sie soll das grenzüberschreitende Angebot und die grenzüberschreitende Nutzung von Dienstleistungen sowie die Niederlassung von Dienstleistungsunternehmen in anderen Mitgliedstaaten erleichtern. Der freie Dienstleistungsverkehr und die Niederlassungsfreiheit gehören zwar längst zu den Säulen des Binnenmarktes, diese werden aber oft durch verschiedene

nationale Regelungen beschränkt. "Es ist so, als würden wir mit einem Ferrari im zweiten Gang durch die Gegend fahren", lästerte Bolkestein im Mai. "Abbau der bürokratischen Hindernisse für die Wettbewerbsfähigkeit" heißt denn auch der programmatische Titel seiner Richtlinie - und die hat es in sich.

Auf Schnäppchenjagd

Um das grenzüberschreitende Angebot zu vereinfachen, sieht der Entwurf das so genannte Herkunftslandprinzip vor. Demnach kann ein Dienstleister, der in seinem Herkunftsland rechtmäßig tätig ist, seine Dienste auch in anderen EU-Staaten anbieten - ohne dortige Vorschriften erfüllen zu müssen. Es gelten nur noch die Standards des jeweiligen Herkunftslandes.

"Allein diese Bestimmungen dürften eine Lawine von Sitzverlagerungen innerhalb der EU auslösen", stellt ein Arbeitspapier von Attac Deutschland fest.* Der Wettlauf um den günstigsten Standort werde angeheizt, neben der Steuerflucht kämen als Anreize die Umgehung von Arbeits-, Gesundheits- und Umweltstandards sowie Qualifikationsanforderungen und Tarifverträgen hinzu.

"Unternehmer könnten Briefkastenfirmen gründen, die von ihrem Firmensitz aus in der gesamten EU zu Dumpingbedingungen tätig sind", warnt auch der designierte OGBL-Präsident Jean-Claude Reding.

Nicht nur die Produkte und Dienstleistungen konkurrieren so miteinander, auch die verschiedenen nationalen Re-

gulierungen und Vorschriften treten zueinander in den Wettbewerb. Im Vorteil ist das Land, das Unternehmen die wenigsten Hindernisse auferlegt. "Dabei wird jedoch außer Acht gelassen, dass diese so genannten Hindernisse in den meisten Fällen staatliche Regelungen sind, die im Interesse einer besseren Dienstleistung für alle liegen", schreiben die Gewerkschaften der SaarLorLux-Region in einem gemeinsamen Aufruf, in dem sie insbesondere das Herkunftslandprinzip ablehnen. Sie meinen damit insbesondere den Schutz von Arbeitnehmerrechten sowie die Sicherung der Dienstleistungsqualität.

Tatsächlich dürfte es künftig erheblich schwieriger werden, die Arbeitsbedingungen und Dienstleistungen von Unternehmen zu kontrollieren. Ginge es nach der EU-Kommission, soll künftig nur das Herkunftsland für Kontrollen zuständig sein. Nur: Welches Interesse hat ein Land, die Auslandsgeschäfte der bei ihm beheimateten Firmen zu kontrollieren, wenn diese sich positiv in seiner Außenhandelsbilanz niederschlagen?

"Eine effektive Wirtschaftsaufsicht würde mit dem Prinzip des Herkunftslandes faktisch außer Kraft gesetzt", warnt Claude Lorang, bei der "Inspection du travail et des mines" (ITM) für die Aufsicht der so genannten Entsendung zuständig. Seit einigen Jahren ist es Unternehmen im Rahmen der Freizügigkeit erlaubt, Arbeitskräfte in ein Land seiner Wahl zu entsenden. Über 2.000 Firmen, die ihre Arbeitskräfte nach Luxemburg entsendet haben, sind bisher bei der ITM gemeldet. Das Verfahren regelt das so genannte Entsendegesetz. Es erlaubt der Gewerbeaufsicht zudem, zu kontrollieren, ob Firmen ihre entsendeten ArbeitnehmerInnen zu den hier gültigen Rechtsnormen beschäftigen. Im Klartext: ob die Beschäftigten sozialversichert sind, ob sie angemessene Löhne bezahlt bekommen, ebenso das Unternehmen Gesundheits- und Sicherheitsvorschriften befolgt und weitere arbeits- und sozialrechtliche Vorschriften eingehalten werden.

"Die neue Richtlinie führt die Entsendebestimmungen ad absurdum", empört sich Lorang. Der Entwurf erklärt die in vielen Ländern über Jahre entwickelten Kontrollstrukturen für obsolet. Dabei wurden diese ja gerade zum Schutz grundlegender Arbeitnehmerrechte aufgebaut - und deren Gültigkeit hat auch der Europäische Gerichtshof in einem aktuellen Urteil anerkannt. "Höchste Alarmstufe" also für die luxemburgische Regierung, meint der ITM-Beamte. Sie soll sich während des EU-Ratsvorsitzes dafür einzusetzen, dass "das Gesetz komplett überarbeitet" wird - bevor die Briten das Staffelholz übernehmen. In Großbritannien existiert keine vergleichbare Gewerbeaufsicht.

Die Bedeutung des Bolkestein-Vorschlags kann aus einem weiteren Grund nicht groß genug geschätzt werden: Der Entwurf umfasst sämtli-

che Dienstleistungen, die als "wirtschaftliche Tätigkeiten" gelten und für die es noch keine EU-Liberalisierungsvorschriften gibt. Explizit ausgenommen sind lediglich die Finanzdienstleistungen, die Telekommunikation und der Verkehr - ihre Liberalisierung wird in anderen Vorschriften geregelt. Insgesamt beträgt der Anteil von Dienstleistungen an der europäischen Wirtschaft rund 70 Prozent, die von der Richtlinie betroffenen Dienstleistungen machen Experten zufolge über die Hälfte der gesamten europäischen Wirtschaftsleistung aus.

Richtlinie stoppen

Déi Lénk, Déi Gréng ebenso wie die Gewerkschaften fordern die Regierung deshalb auf, sich bei den im Frühjahr beginnenden Verhandlungen für einen Stopp der Richtlinie einzusetzen. "Ich bin nicht grundsätzlich gegen den europäischen Binnenmarkt", sagt Reding gegenüber der woxx. "Bevor jedoch etwas beschlossen wird, müssen die Vor- und Nachteile genau bekannt sein". Ein Bericht der EU-Kommission aus dem Jahr 2001 über die Lage auf dem Binnenmarkt für Dienstleistungen listet zwar akribisch alle administrativen Beschränkungen auf, die Unternehmen in der EU erfahren. Über die Einsparungen, die durch den Verwaltungsaufwand entstehen und über die längerfristigen Kosten, die der Abbau von Sozialstandards mit sich bringen würden (durch Arbeitslosigkeit, Gesundheitsbeschwerden, etc.), schweigt sich der Bericht aber aus.

Premier Jean-Claude Juncker hatte vor den Wahlen noch beteuert, die Richtlinie wandere "ganz schnell in den Papierkorb". In einer Unterredung mit den Gewerkschaften vorige Woche bekräftigte zudem Wirtschaftsminister Jeannot Krecké, der ab Januar im EU-Ministerrat die Diskussionen um die künftige Binnenmarktstrategie leiten wird, die ablehnende Haltung Luxemburgs. Wie erklärt sich dann aber, dass derselbe Minister auf der diesjährigen Herbstmesse die Richtlinie lobte und das Prinzip des Herkunftslandes als "für uns sehr wertvoll" bezeichnete?

Die neue Regierung scheint demzufolge mit dem Eierkurs ihrer VorgängerInnen fortzufahren: Auf nationaler Ebene gibt man sich sozial, auf internationalem Parkett aber wird mit den Liberalisierern getanzt. Es war der Ex-Wirtschaftsminister Henri Grethen, der sich seinerzeit in Brüssel für Bolkesteins neoliberale Radikalkur einsetzte. Und es war die alte und neue EU-Kommissarin Viviane Reding (CSV), die in der EU-Kommission für die Binnenmarkt-Richtlinie stimmte. Einziger Vorbehalt, den Luxemburg damals anmeldete: Die Regelungen zum Anwalts- und Notarsberuf und für "Tätigkeiten in Ausübung öffentlicher Gewalt" sollten von den Bestimmungen ausgenommen bleiben.

* www.attac.de/gats/hintergrund/Fritz-vs-Bolkestein.pdf